

Mörfelden-Walldorf, // 19.06. 2019

Einbringung 2. Nachtragshaushalt 2018/2019 in die StVV – es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen
sehr geehrte Damen und Herren,

ich lege Ihnen heute den Entwurf des zweiten Nachtragshaushaltes für die Jahre 2018/2019 vor.

Am 11. September 2018 hatte die Stadtverordnetenversammlung den 1. Nachtrag mehrheitlich beschlossen. Die Haushaltsgenehmigung wurde vom Regierungspräsidium am 7. Februar 2019 ohne Auflagen erteilt. Die finanzielle Situation der Stadt Mörfelden-Walldorf wird vor dem Hintergrund der überaus positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre inzwischen als gesichert eingestuft.

Doch bevor ich auf den 2. Nachtragshaushalt eingehe, erlauben Sie mir eine Vorbemerkung:

Ich hatte mir im Vorfeld zu dieser Einbringungsrede viele Gedanken gemacht, wie ich reden und was ich sagen sollte. Gerade bei dem Thema Finanzen ist es wichtig, die Fakten zu analysieren und Grundsätze darzulegen.

So ist es mittlerweile notwendig, sich nicht nur den Ergebnishaushalt anzuschauen, sondern auch den Finanzhaushalt.

Gerade für die Aufsichtsbehörden ist der Finanzhaushalt der viel Wichtigere.

Tilgungen und der Beitrag zur Hessenkasse müssen voll erwirtschaftet werden, das bloße Vermeiden von Defiziten ist nicht mehr ausreichend.

Ich möchte jetzt auf etwas eingehen, was mir sehr am Herzen liegt:

Gerade bei den letzten Wahlkämpfen ist leider sehr deutlich geworden, dass es hier für unsere Oppositionsparteien nicht mehr um Inhalte geht.

Zum einen gehen sie auf bloße Emotionen und Stimmungen ein - zum anderen reduzieren sie auf jeweils ein Thema.

EINBRINGUNGSREDE

2.NHH 2018/2019

- GRÜNE reduzieren gerne auf den Klimaschutz,
- die CDU reduziert auf "die Koalition ist schuld"
- und die DKP klärt uns auf, dass alle anderen außer sie selbst alles falsch machen.

Hätten wir hier eine AfD, wären die Migranten schuld.

Zudem wird mit haltlosen Unterstellungen und falschen Darstellungen Stimmung gemacht.

Was erzeugen sie damit für ein Bild in der Öffentlichkeit?

Klare Worte sind zwar eigentlich gut - aber mit reiner Stimmungsmache erzeugen Sie damit Frust und Politikverdrossenheit.

Sie schaden damit uns allen und der Stadtgemeinschaft Mörfelden-Walldorf!

Als Erster Stadtrat kann und will ich es mir nicht so einfach machen.

Als Dezernent habe ich eine Verantwortung in der Stadtverwaltung jenseits der Parteigeplänkel und muss einen objektiven Blick auf unsere Finanzen haben.

Ich werde mich daher von dieser unsäglichen Art, Politik zu machen, nicht anstecken lassen und will deshalb nun auf Realitäten und Fakten zurückkommen:

Heute Abend werde ich Ihnen zuerst etwas über Veränderungen bei den Ausgaben berichten.

Es handelt sich dabei um 5 wesentliche Positionen. Danach gehe ich auf die Gegenfinanzierung ein, die wir in diesem Nachtragshaushalt anpassen. Im dritten Teil meiner Ausführungen erläutere ich Ihnen die notwendigen Reduzierungen bei den Einnahmen.

Kommen wir zur ersten Ausgabe, die wir erhöhen müssen, die Personalaufwendungen:

Wie schon im ersten Nachtrag vor einem Jahr liegt auch beim zweiten Nachtrag der Schwerpunkt bei der Kinderbetreuung:

Durch die Modulanpassungen, die für die Gebührenfreiheit der Kindergartenkinder vorgenommen werden mussten, ergibt sich ein Mehrbedarf von rund 9 Stellen.

Zusammen mit einer weiteren Stelle in der Abteilung Personal- und Organisation erhöhen sich die Personalaufwendungen in 2019 um rund 550t EUR.

Auch bei den Sach- und Dienstleistungen, das ist die zweite Position, erhöhen sich die Aufwendungen um gut 370t Euro:

- Zur Unterbringung von anerkannten Geflüchteten wird die Containeranlage im Nordring wieder angemietet.
Die Mietaufwendungen belaufen sich im Haushaltsjahr 2019 auf 70t EUR.
- Die Beseitigung eines Wasserschadens in der Kita X Grünwaldweg ist mit 100t EUR veranschlagt.

EINBRINGUNGSREDE

2.NHH 2018/2019

- Infolge der Erhöhung der Abwassergebühren ist auch der Ansatz für die Straßenentwässerung um 155t Euro anzuheben
- Für Reinigungsarbeiten durch externe Dienstleister sind für das Waldschwimmbad 78t EUR zusätzlich eingeplant und die Maßnahmen für die Umwidmung des Badesees in eine Badestelle schlagen mit 40t EUR zu Buche.
- Vor allem für die mir sehr wichtige Erhöhung von Essensplätzen sehen wir rund 42t Euro vor.

Kommen wir zu Punkt drei:

Die äußerst angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt im Ballungsraum Rhein-Main wirkt sich ebenfalls auf die Obdachlosenzahlen in Mörfelden-Walldorf aus.

Im Zeitraum von 2011 bis 2018 ist die Zahl der von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen in unserer Stadt von rd. 30 Personen auf mittlerweile über 120 Personen gestiegen.

Besonders beunruhigt mich die Zahl der rund 30 obdachlosen Kinder, die wir gemeinsam mit ihren teils alleinerziehenden Eltern unterbringen müssen.

Aber auch Familien werden zunehmend obdachlos – das Bild des alleinstehenden mittelalten Mannes mit Alkoholproblemen ist nicht mehr zeitgemäß. Vor dem Hintergrund der Lage auf dem Wohnungsmarkt ist Obdachlosigkeit nicht mehr nur ein temporärer Übergangszustand, sondern eher ein aussichtsloser Dauerzustand.

Um diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen und Hotelunterbringungen zu vermeiden, werden Unterkünfte in Systembauweise beschafft und auf dem stadteigenen Grundstück in der Siemensstraße errichtet. Insgesamt stellen wir hierfür 824t Euro zur Verfügung.

Viertens:

Neben 100t Euro, die wir für die Planungen für die Feuerwehren vorsehen, haben wir 200t Euro an Planungskosten für das Nachbarschaftszentrum vorgesehen, das wir gemeinsam im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ als Leuchtturmprojekt grundsätzlich beschlossen haben.

Punkt 5:

Für die Förderung der Ansiedelung von Ärztinnen und Ärzten haben wir 60t Euro eingestellt.

Jetzt komme ich zur Gegenfinanzierung:

Der Kreis hatte für 2019 unter anderem die Schulumlage gesenkt – an Steuer- und Umlageverpflichtungen haben wir daher rund 684t Euro weniger zu bezahlen.

Herr Kollege Groß hatte in den letzten Diskussionen auch immer wieder die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um rund 1,5 Mio. Euro erwähnt.

EINBRINGUNGSREDE

2.NHH 2018/2019

Diese äußerst positive Entwicklung der Schlüsselzuweisungen trägt nun wesentlich dazu bei, die Mehraufwendungen dieses 2. Nachtragshaushalts 2019 zu finanzieren.

Leider müssen wir auch einzelne Posten der Einnahmenseite reduzieren, hier gehe ich nur auf die wesentlichen Veränderungen ein:

Bei der Einkommenssteuer müssen wir leider mit rund 350t Euro und beim Familienleistungsausgleich mit rund 330t Euro also insgesamt mit 680t Euro an Mindereinnahmen rechnen, denn Steuererleichterungen, die im Bund beschlossen werden, haben auch direkten negativen Einfluss auf unsere kommunalen Einnahmen.

Die zweite wesentliche – noch wesentlichere - Anpassung betrifft die Gewerbesteuer, die uns große Sorgen bereitet:

Nachdem das Anordnungssoll, sprich die voraussichtliche Höhe der Gewerbesteuereinnahmen zum Jahresende - Stand heute – für das Jahr 2019 bei nur rund 17,2 Mio. Euro liegt, sehen wir zum Jahresende den bisherigen Ansatz von 19 Mio. Euro als unrealistisch an und reduzieren den Ansatz um 500t Euro auf 18,5 Mio. Euro.

Sollte das Anordnungssoll der Gewerbesteuer weiter auf diesem niedrigen Niveau verbleiben, werden wir im Wege einer Verwaltungsvorlage diesen Ansatz noch ein weiteres Mal reduzieren – um weitere 500t Euro auf 18 Mio. Euro.

Diese Reduzierung des Ansatzes ist konsequent und für einen ehrlichen Umgang mit den Fakten unumgänglich.

Ich möchte hier gerne betonen, dass genau dieses Vorgehen in den Jahren vor meiner Amtszeit nötig gewesen wäre.

Entgegen vielfältiger Meinungen war der ursprünglich gewählte Ansatz von 18 Mio. Euro also genau richtig gewählt – die Hoffnung auf höhere Einnahmen waren zwar beim 1. Nachtrag noch berechtigt, leider scheint der Höhenflug der Steuereinnahmen zunächst beendet zu sein.

So, das waren die wichtigsten Änderungen, die wir vorgenommen haben.

Uns wurde immer wieder vorgehalten, dass wir beim Haushalt zu sehr auf Nummer Sicher gehen.

Mein Vorgänger hatte Entwicklungen, die vorhersehbar waren, nicht berücksichtigt, um die Grundsteuer B nicht erhöhen zu müssen. Das war fahrlässig. Seine Zahlen mussten dann beschönigt werden, damit der Haushalt genehmigungsfähig wurde.

Bei uns ist das anders:

Wir berücksichtigen Risiken vorausschauend.

Wir geben nichts aus, was wir nicht haben.

Wir verteilen keine Wahlgeschenke, nur um Stimmen zu fangen.

EINBRINGUNGSREDE 2.NHH 2018/2019

Wir haben eine Verantwortung.
Und diese Verantwortung nehmen wir ernst.

Ein guter Haushalt ist ein Haushalt, der alle Risiken, die man vorhersehen kann, konservativ berücksichtigt. Dieser Haushalt zeigt, dass wir uns in den letzten Jahren nicht – wie so oft vorgeworfen – arm gerechnet hatten.

Gewerbesteuereinnahmen sind nun mal extrem volatil – und ein guter Kaufmann handelt deshalb konsequent, so wie wir es hier vorschlagen.

Ich lege Ihnen hier und heute einen Entwurf für den zweiten Nachtragshaushalt 2019 vor, der den gesetzlichen Anforderungen Rechnung trägt und aus unserer Sicht genehmigungsfähig ist.

Der Überschuss im Ergebnishaushalt für das Haushaltsjahr 2019 erhöht sich von ursprünglich 3,4 Mio. EUR um 400t EUR auf neu 3,8 Mio. EUR.
Sehen wir uns nun den Finanzhaushalt an:

Der Saldo von Einzahlungen und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erhöht sich im Haushaltsjahr 2019 von ursprünglich 3,3 Mio. EUR um 400t EUR auf neu 3,7 Mio. EUR.
Das hört sich zunächst eigentlich ganz gut an.

ABER. Und jetzt kommt das große ABER:

Voll erwirtschaften müssen wir damit die Tilgung von Krediten und den Beitrag für die „Hessenkasse“ - insgesamt 2,8 Mio. EUR.

Mit dem Überschuss im Ergebnishaushalt bleibt also, wenn man sich den für die Aufsichtsbehörden viel wichtigeren Finanzhaushalt anschaut, nicht viel „Luft“ übrig, da die Tilgungen komplett erwirtschaftet werden müssen.

Dies ist die entscheidende Botschaft aus dem vorgetragenen Zahlen:

JA, wir erwirtschaften im Ergebnishaushalt einen Überschuss in Millionenhöhe, es bleiben aber nur rund 900t Euro übrig, um die Risiken des Haushaltes abzudecken – wie vorhin schon angekündigt - die Gewerbesteuer werden wir vor Beschlussfassung des Nachtrages wahrscheinlich nochmals reduzieren müssen, und wir haben weitere Risiken, zum Beispiel wegen des teils schlechten Zustandes unserer städtischen Gebäude.

Bei einem Gesamtvolumen des Haushaltes von rund 88 Mio. Euro handelt es sich daher um einen angemessenen Puffer – nicht zu hoch, aber auch nicht zu niedrig.

Die Steuersätze für die Gemeinde-Steuern bleiben trotz der immensen Herausforderungen unverändert.

EINBRINGUNGSREDE

2.NHH 2018/2019

Erlauben sie mir noch eine abschließende grundsätzliche Anmerkung:

Es ist nach wie vor sehr bedauerlich, dass wir in Zeiten von guten konjunkturellen Rahmenbedingungen unseren kommunalen Pflichtaufgaben nicht ausreichend gerecht werden können. In der Kinderbetreuung haben wir eine massive Mangelverwaltung, die Grünanlagen können nicht in dem Maße gepflegt werden, wie wir es wünschen und sowohl bei der Bauunterhaltung als auch bei unseren Straßen können wir den Sanierungsstau nur langsam und unzureichend abarbeiten. Aber auch drängende Themen, wie bezahlbarer Wohnraum, können derzeit nicht angemessen angegangen werden. Dringend notwendige Investitionen in die Zukunft können nicht ausreichend getätigt werden.

Einmal mehr zeigt sich aber, dass die Erhöhung der Grundsteuer B damals notwendig und richtig war. Die Handlungsfähigkeit hatten wir auch dadurch jederzeit behalten.

Mehr als nur ein Wermutstropfen im Blick auf die Haushalte der nächsten Jahre ist die von der Landesregierung ganz aktuell angedachte „Heimatumlage“. „Starke Heimat Hessen“ nennt sich diese unglaubliche Idee der Landesregierung.

Die Bundesregierung hatte den Kommunen ab 2020 eigentlich den Wegfall der Sonder-Gewerbesteuerumlage verordnet, mit der die Kommunen bisher gezwungen wurden, sich bei der Finanzierung des Fonds Deutscher Einheit zu beteiligen. Dieses Geld war seit langem bei uns eingeplant – und wir brauchen das Geld auch dringend. Die Landesregierung plant nun aber tatsächlich, den Kommunen dieses Geld einfach wieder wegzunehmen.

Uns alleine in Mörfelden-Walldorf 1 Mio. Euro wegzunehmen, uns aber nur rund 700t Euro zweckgebunden wieder zurückzugeben, stärkt uns nicht – ganz im Gegenteil: Es schwächt die Kommunen massiv und beschneidet ein weiteres Mal die kommunale Selbstverwaltung.

Ich habe keine Ahnung, wie wir diese Million aufbringen sollen – wir haben sie ganz einfach nicht. Lassen sie uns gemeinsam gegen diesen weiteren Griff in kommunalen Kassen vorgehen.

Hiermit habe ich nun den zweiten Nachtragshaushalt für die Jahre 2018/2019 eingebracht. Ich bitte Sie, diesen zu diskutieren, zu beraten und im September zu beschließen.

Für Fragen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Finanzen gerne zur Verfügung. Sie können mich aber gerne auch direkt anzusprechen.

Sehr bedanken möchte ich mich an dieser Stelle beim gesamten Team für Finanzen, insbesondere bei Frau Germann, Frau Schnaubelt und Herrn Pietsch.

Herzlichen Dank!